

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 37 (1945)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Präsident Trumans grosse Rede über Preise und Löhne  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-353227>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

begriffen, wobei aber Naturallieferungen nicht berücksichtigt sind, die sich pro Schicht und Mann auf über 10 d belaufen. (Bei den übrigen der oben angegebenen Löhne und Lohnsätze müssten natürlich ebenfalls die in England beträchtlichen Subventionen der Regierung für Lebensmittel mitberücksichtigt werden.) Die durchschnittlichen **W o c h e n e i n k o m m e n** in denselben Kategorien der Bergleute betragen in den ersten drei Monaten 1945 114 sh 6 d, gegenüber 60 sh 8 d in den entsprechenden Monaten des Jahres 1939, was einer Erhöhung von zirka 89% gleichkommt. Aus Informationen der Unternehmer geht hervor, dass die Wochenlöhne männlicher **e r w a c h s e n e r** Arbeiter im ersten Vierteljahr 1945 durchschnittlich 122 sh 5 d betragen, gegenüber 65 sh 10 d im ersten Vierteljahr des Jahres 1939.

Wenn man alle diese Angaben und die durch die verschiedensten Kriegsfaktoren verursachten starken Differenzen überblickt, so wird man sich klar, wie schwer jeglicher nationale, geschweige denn ein internationaler Vergleich ist. Wollte man internationale Vergleiche anstellen, so müssten nun noch die Löhne mit den Lebenshaltungskosten in bezug gebracht und die « Lebensmittelkörbe » der einzelnen Länder untersucht werden, die ihrerseits durch den Krieg starke Veränderungen in der Zusammensetzung erfahren haben (man vergleiche die diesbezüglichen Ausführungen in unserem Artikel « Schwierige Preis- und Lohngestaltung in Holland »). Wir fügen deshalb nur im Sinne einer Andeutung zum Schluss bei, dass der Index der Lebenshaltungskosten in England um 31%, in der Schweiz um 53% gestiegen ist. R.

---

## Präsident Trumans grosse Rede über Preise und Löhne.

Als Präsident Truman am 30. Oktober 1945 am Radio seine Rede über Preise und Löhne hielt, gab er der Gewissheit Ausdruck, dass, wenn seine Ausführungen bei der Behandlung der — damals schon äusserst schwierigen — Wirtschaftsprobleme zur Richtschnur genommen würden, die Wirtschaftskämpfe bald der Vergangenheit angehören werden. Inzwischen sind weitere Kämpfe ausgebrochen und noch grössere stehen wahrscheinlich bevor. Es mag deshalb von Interesse sein, die damalige Rede von Truman rückblickend im vollen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen. Dies schon deshalb, weil seinerzeit nur sehr kurze und aus dem Zusammenhang gerissene Auszüge Europa erreichten.

Erst wenn man die ganze Rede vor sich hat, wird man sich bewusst, in welcher hohem Masse es die Rede eines Menschen und Staatsmannes ist, der nicht über, sondern zwischen Kapital und Arbeit steht (was kein Vorwurf sein soll). Es ist mehr ein

Appell an die beiden Parteien als eine bestimmte Methode, die in der Rede zum Ausdruck kommt. Wenn auch Truman viel Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Ganzen, dem Lande, an den Tag legt und schöne Worte für die Gemeinschaft der Staatsbürger im allgemeinen und die Arbeiterschaft im besondern findet, so spürt man doch, dass er immer noch — was er durchaus im Rahmen der Demokratie und Freiheit tun kann — vom freien Unternehmertum und vom freien Spiel der Kräfte das grosse Heil und die Rettung erwartet. Dies hat letzten Endes auch — nach seinen eigenen gelegentlichen Aussagen — Roosevelt getan, doch war vielleicht bei ihm das soziale Verantwortungsbewusstsein, das immer wieder mit ihm durchbrannte und ihn immer wieder zum energischen Eingreifen veranlasste, stärker entwickelt als bei Truman. Truman will Inflation und Deflation vermeiden. Er will die Löhne ohne die Preise erhöhen und ohne die Gewinne zu gefährden, d. h. er will das Ei des Kolumbus auf den Tisch stellen, ohne die kapitalistische Schale einzudrücken.

Ist dies möglich, wenn man bedenkt, dass es sich, wenn die Kaufkraft des Landes nicht geschwächt werden soll, im Durchschnitt um Lohnerhöhungen von mindestens 30% zu handeln hat? Dies ist die praktische Frage! Es gibt daneben jedoch noch ein psychologisches Problem: die hohen Gewinne jener Industrien, in denen gerade die Lohnverluste am grössten sind. Noch nie war z. B. die Stahlindustrie so reich wie heute. Sie hat als Kriegsindustrie aus den Taschen der Steuerzahler in den letzten fünf Jahren allein an offenen und « stillen » Gewinnen 2 Milliarden Dollar gezogen. Dazu gesellten sich noch gewaltige Rücklagen usw. (die laut offiziellen Statistiken des Handelsministeriums für die Gesamtheit der Industriellen von 17 Milliarden im Jahre 1939 auf 50 Milliarden im Jahre 1945 gestiegen sind). Die Uebergewinne, die der Stahlindustrie infolge der nunmehrigen Krise zurückbezahlt werden, belaufen sich auf über 200 Millionen Dollar. Auch die Eisenbahnen haben gewaltige Gewinne erzielt. Sie beziffern sich für die Unternehmen der ersten Klasse in den Jahren 1941 bis 1944 jährlich netto auf durchschnittlich 736 Millionen Dollar und betragen noch im Jahre 1945 schätzungsweise 640 Millionen. Solche und andere Zahlen spielen bei den gegenwärtigen Konflikten und bei der gegenwärtigen Stimmung in den USA eine grosse Rolle.

Auch Truman erwähnt diese günstige Lage. Wenn auch in kühler Weise, so ist er bestrebt, Licht und Schatten zu verteilen. Die von ihm am Ende seiner Rede vorgeschlagene Möglichkeit der « nachträglichen » Preiserhöhungen bei Lohnerhöhungen werden jedoch kaum dazu angetan sein, die Unternehmer zum Verzicht auf Preiserhöhungen zu veranlassen.

Die Rede Trumans ist nicht nur interessant wegen ihres Inhaltes, sondern vor allem auch wegen ihres Tones, wegen des « approach », der Art und Weise, wie er an sein Thema herangeht. Man kann diesen Ton nur ganz



erfassen, verstehen und deuten, wenn man die ganze Rede — deren Vorschläge zum Teil auch heute noch nicht durchgeführt sind! — vor sich hat, weshalb wir sie nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

Am 18. August 1945, vier Tage nach der Kapitulation von Japan, veröffentlichte ich die Verordnung Nr. 9599, in der die Richtlinien eurer Regierung für die Uebergangszeit festgelegt sind. Diese Politik lässt sich kurz wie folgt zusammenfassen: Es soll alles getan werden, um eine **Höchstproduktion von Gütern** des zivilen Lebensbedarfs zu erreichen. Es sollen so schnell als möglich alle **Zwangsmassnahmen** der Regierung abgeschafft und das **Tarifvertragswesen** sowie die freien **Märkte** wieder hergestellt werden. Endlich sollen **Inflation** und **Deflation** vermieden werden. Diese Politik gilt auch noch heute.

Einer der wichtigsten Faktoren, der darüber entscheidet, ob uns die Durchführung dieser Politik gelingen wird, ist die **Frage der Löhne und Preise**. Wenn die Löhne stark zurückgehen, so ergibt sich die Gefahr der Deflation. Steigen sie wesentlich, so stehen wir vor der Inflation. Wir müssen auf der Hut sein und diese beiden Gefahren, die unsere Sicherheit bedrohen, vermeiden. Was mit den Löhnen geschieht, ist wichtig für uns alle, auch für jene von uns, die nie in Lohnarbeit stehen. Es ist zum Beispiel wichtig für die Geschäftsleute, und zwar nicht nur deshalb, weil die Löhne einen beträchtlichen Teil der Produktionskosten ausmachen, sondern weil die Menschen die Produkte der Industrie nicht kaufen können, wenn sie nicht die dafür nötigen Löhne verdienen.

Was mit den Löhnen geschieht, ist auch wichtig für den **Landwirt**. Das Einkommen des Landwirts hängt zu einem grossen Teil von der Kaufkraft des Arbeiters in unseren Fabriken und in unserem Erwerbsleben im allgemeinen ab. Die Arbeiter sind die Kunden des Landwirts und können landwirtschaftliche Produkte nicht kaufen, wenn sie nicht einen genügenden Lohn verdienen.

Wir alle sind demnach an den Löhnen in hohem Masse interessiert, denn wir alle haben Interesse am Wohlergehen aller Teile unserer Wirtschaft.

Dies ist eine einfache Wahrheit. Es geht ihr jedoch wie allen einfachen Wahrheiten. Sie wird oft vergessen. Die Unternehmer vergessen, dass die Geschäfte nicht ohne Kunden blühen können, die gute Löhne verdienen und Geld in ihrer Tasche haben. Die Arbeiter vergessen manchmal, dass sie keine Arbeit finden und ihre Löhne nicht erhöhen können, wenn die Geschäfte nicht blühen und Gewinne machen.

Ich bin, wie die meisten von euch, durch die in den letzten Wochen aufgetretenen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt beunruhigt worden. Diese Schwierigkeiten versperren uns den Weg des Wiederaufbaus und schieben den Tag hinaus, wo unsere Kriegsveteranen sowie die durch den Uebergang zum Frieden aus ihrer



Arbeitsstelle verschobenen Arbeiter zum guten Friedensverdienst zurückkehren können. Was nötig ist, ist mehr gesunder Menschenverstand, mehr Vernunft, mehr Verständnis für die Lage des Mitmenschen, mit einem Wort: jene einmütige Zusammenarbeit, die wir während des Krieges gehabt haben.

Ich habe im öffentlichen Leben die Erfahrung gemacht, dass es wenige Probleme gibt, die nicht gelöst werden können, wenn wir uns wirklich anstrengen, die Lage unseres Mitmenschen zu begreifen und wenn wir bestrebt sind, eine Lösung zu finden auf der Grundlage von Geben und Nehmen, des anständigen Verhaltens auf beiden Seiten. Ich möchte die Lohnfrage in diesem Geist besprechen, und ich hoffe, dass wir alle in den Vereinigten Staaten bereit sind, die Dinge von diesem Gesichtswinkel aus zu sehen.

Zuerst möchte ich Euch die Lage des Arbeiters darstellen. Ich glaube, dass viele von uns sich nicht darüber klar sind, ein wie harter Schlag der Uebergang von der Kriegsproduktion zur Friedensproduktion für unsere Industriearbeiter gewesen ist. Wie ihr wisst, hat der plötzliche totale Sieg zur Folge gehabt, dass Millionen von Arbeitern mit kurzer Kündigungsfrist oder überhaupt ohne Kündigung auf die Strasse gestellt worden sind. Wenn wir auch hoffen, diese Schwierigkeiten in nicht allzu vielen Monaten zu überwinden, so ist ohne Zweifel die Arbeitslosigkeit kein angemessener Lohn für den Beitrag, den die Kriegsveteranen und die Arbeiter der Kriegsindustrie für den Sieg geleistet haben. Vor mehreren Monaten forderte ich den Kongress auf, das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung derart zu ergänzen, dass den Arbeitern während der schwierigen Monate der Arbeitslosigkeit geholfen ist. Der Kongress hat diesen Beschluss noch nicht gefasst. Die Verantwortung dafür trifft ausschliesslich den Kongress und vor allem das zuständige Komitee des Repräsentantenhauses. Ich hoffe, dass dieses Komitee seine Verpflichtungen gegenüber der Nation erfüllen und den Mitgliedern des Repräsentantenhauses bald die Gelegenheit geben wird, ihre Stimme für dieses wichtige Gesetz abzugeben.

Wir müssen alle zugeben, dass ein Gesetz, das dazu beitragen wird, die Kaufkraft der Arbeiter bis zur Beendigung der Umstellung zu stützen, nicht nur für die Arbeiter von Nutzen ist, sondern für uns alle: die Geschäftswelt, die Landwirtschaft, die Angestellten und jedes Mitglied unserer wirtschaftlichen Gemeinschaft. Ich bin überzeugt, dass die Arbeiter unseres Landes, die mit Handarbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen haben, in hohem Masse an den zur Zeit im Kongress anhängigen Gesetzen über die v o l l e B e s c h ä f t i g u n g interessiert sind. Es ist wichtig, dass der Kongress mit Beschleunigung irgendwelche wirksamen Gesetze gutheisst, denen das Prinzip der vollen Beschäftigung zugrunde liegt. Das amerikanische Volk hat ein Recht darauf, zu wissen, dass die jetzige Regierung Wohlergehen und Arbeit und nicht Wirtschaftskrise und Arbeitslosenunterstützung auf ihr Banner geschrieben hat. Die An-

nahme eines Gesetzes über die volle Beschäftigung wird dem amerikanischen Volk diese Gewissheit geben. Die Verantwortung für die schädlichen Verzögerungen in der Annahme der diesbezüglichen Gesetze liegt offensichtlich beim «Komitee für Ausgaben» im ausführenden Departement des Repräsentantenhauses. (Das Gesetz fristet noch heute ein Schubladendasein, d. Red.)

In ähnlicher Weise denken sicherlich die Arbeiter unseres Landes über das, was nun mit dem nationalen Arbeitsnachweis im Senat und im Repräsentantenhaus geschieht. Im kommenden Jahr werden Millionen von Arbeitern von einem wirksamen und zentralisierten Arbeitsnachweis abhängig sein und von ihm erwarten, dass er ihnen irgendwo im Lande Arbeit verschafft. Der nationale Arbeitsnachweis hat während des Krieges viel geleistet und kann in den kommenden Monaten ebenso viel leisten, wenn er in der Lage ist, als nationale und einheitliche Organisation aufzutreten. Ich hoffe deshalb, dass der Kongress diesen grossen öffentlichen Dienstzweig für den Augenblick unter staatlicher Leitung weiterführen wird.

Ebenso wichtig wie die Probleme der Arbeitslosigkeit ist die Tatsache, dass das Ende des Krieges für viele Millionen von Arbeitern einen tiefen Griff in die Börse bedeutet hat. Ich frage mich, wieviele von euch wissen, dass viele Arbeiter der Kriegsindustrien auf einen Viertel ihres während des Krieges verdienten Lohnes und sogar auf mehr verzichten mussten oder demnächst zu verzichten haben werden.

Bedenkt, was eine solche Schmälerung des Einkommens für euch und eure Familie bedeuten würde! Wie kommt es, dass die Einkommen so stark zurückgegangen sind? Es gibt drei Gründe. Der erste ist der Rückgang in der Zahl der Arbeitsstunden. Während der letzten Kriegsjahre wurde von Millionen von Arbeitern eine abnormal lange Arbeitszeit verlangt. Nachdem diese Notwendigkeit nicht mehr in Frage kommt, wird die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt. Der Uebergang von der 48- zur 40-Stunden-Woche bedeutet eine Minderung des Einkommens, die viel mehr ausmacht als der Verlust des Entgeltes von 8 Arbeitsstunden. Die Ueberstunden über 40 Stunden sind mit 150% bezahlt worden. Das Resultat ist nahezu die Minderung des wöchentlichen Einkommens der Arbeiter um ein Viertel. Dazu kommt, dass viele Arbeitsstellen einer niedrigeren Lohnklasse zugeteilt werden. Für den Industriearbeiter ist die Aenderung besonders einschneidend, wenn er seine Arbeitsstelle wechselt und vielleicht wieder in der niedrigsten Lohnklasse beginnen muss. Millionen von Arbeitern, die gut bezahlte Arbeitsstellen in der Kriegsindustrie innehatten, müssen nun Arbeitsstellen in niedrigeren Kategorien der Friedensindustrie suchen. Wenn nichts geschieht, um den Arbeitern in dieser Lage zu helfen, müssen Millionen von Familien ihren Gürtel um einige Löcher enger schnallen. Die jährliche Summe der Löhne und Ge-



hälter in Privatunternehmungen wird durch die genannten Faktoren um über 20 Milliarden Dollar zurückgehen. Dies wird einen Ausfall für alle bedeuten; für die Arbeiter, für die Geschäftswelt, für die Landwirtschaft, für das Publikum im allgemeinen. Der Spezereihändler wird es spüren wie das Warenhaus, die Eisenbahnen, die Theater, die Tankstationen und alle Landwirte der Nation. Eine solche Entwicklung ist der sichere Weg zu grosser Arbeitslosigkeit. Man nennt eine solche Entwicklung Deflation. Sie ist so gefährlich wie die Inflation.

Wir dürfen uns jedoch nicht vorstellen, dass bei dieser verkürzten Arbeitszeit das wöchentliche Einkommen das gleiche sein kann wie während des Krieges. Es muss eine Kürzung erfolgen, doch kann es sich die Nation nicht leisten, dass diese Kürzung zu drastisch ist. Lohnerhöhungen sind unbedingt nötig, um den Rückschlag für unsere Arbeiter zu mildern, um eine angemessene Kaufkraft aufrechtzuerhalten und das nationale Einkommen zu erhöhen. Es gibt viele Leute, die mir gesagt haben, dass es sich die Industrie nicht leisten kann, irgendwelche Lohnerhöhungen zu gewähren, ohne eine entsprechende Erhöhung der Preise ihrer Produkte vorzunehmen. Diese Leute haben mich gebeten, durch Verfügungen der Regierung Löhne und Preise zu steigern. Dieser Vorschlag darf unter keinen Umständen angenommen werden. Die Annahme könnte nur Inflation bedeuten, und diese würde zu einer Katastrophe führen. Eine Erhöhung der Löhne, die gepaart geht mit einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten, würde auch den Arbeitern nichts nützen. Jeder zusätzliche Dollar, den sie auf diese Weise erhalten würden, müssten sie wegen der erhöhten Preise wieder ausgeben. Eine solche Manipulierung von Preisen und Löhnen würde kein Problem lösen und niemand zufriedenstellen. Eine scharfe Inflation wäre die Folge. Wenn die Inflation kommt, und die Lebenshaltungskosten treten in die berüchtigte Spirale ein, so haben fast alle zu leiden. Lohnerhöhungen würden unter diesen Bedingungen ihr Ziel nicht erreichen und würden für den Arbeiter keine Rettung bedeuten. Die Angestellten mit ihren fixen Löhnen könnten weniger Nahrungsmittel und weniger Kleider als zuvor kaufen. Die Einkommen der Landwirte würden zurückgehen, weil sie für die Einkäufe, die sie zu tätigen haben, höhere Summen auszugeben hätten. Auch für die Geschäftswelt würden die erhöhten Einnahmen nichts bedeuten. Regierungsschatzscheine, Versicherungspolice, Pensionen, Obligationen usw. würden an Wert verlieren und auch ihr Einkommen schmälern.

Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass überall, wo Preiserhöhungen eine inflatorische Tendenz haben, die Preise gehalten werden müssen. Wir müssen uns eifersüchtig gegen jegliche Inflation verteidigen. Das Preisniveau muss weiterhin gehalten werden, wie wir dies seit dem Frühling 1943 getan haben. Wenn wir von diesem Programm einer kräftigen und wirkungsvollen Preiskontrolle abweichen, wenn wir die Dämme beseitigen, so wird es keinen Halt

mehr geben. Nach dem letzten Krieg stellte sich für uns das gleiche Problem. Damals haben wir einfach die wenigen Planmassnahmen aufgehoben und der Natur ihren Lauf gelassen. Das Resultat muss für uns alle als Lektion dienen. Eine wilde Jagd der Löhne und Lebenshaltungskosten endete mit dem Zusammenbruch im Jahre 1920 und bedeutete Bankrott und Arbeitslosigkeit im ganzen Lande. Wenn sich diese beiden Zwillingsziele, die Stabilität der Preise und höhere Lohnsätze gegenseitig ausschliessen, wenn das eine nicht ohne Preisgabe des andern erreicht werden kann, so würden die Aussichten für uns alle, für die Arbeiter, die Unternehmer, die Landwirte und die Konsumenten, wahrhaft schwarz sein. Glücklicherweise ist dies nicht so. Wenn auch die Lage in den verschiedenen Industrien voneinander abweicht, so ist doch die Wirtschaft als Ganzes bei der jetzigen Struktur der Preise in der Lage, eine Erhöhung der Lohnsätze zu gewähren. Wenn wir alle an das Problem in einem Geiste der Vernunft sowie des Gebens und Nehmens herangehen, wenn wir zusammensitzen und festzustellen versuchen, welche Erhöhungen ein bestimmtes Unternehmen oder eine Industrie zu einem bestimmten Zeitpunkt gewähren kann, so werden sicher die meisten Geschäftsleute die Möglichkeit der Erhöhung der Löhne zugeben. Viele haben bereits beträchtliche Erhöhungen zugestanden ohne irgendwelche Preiserhöhungen zu verlangen. Verschiedene Gründe bestärken mich in dem Glauben, dass die Wirtschaft als Ganzes beträchtliche Lohnerhöhungen ohne Preiserhöhungen gewähren kann. Erstens hat die Abschaffung von Ueberstunden, die mit 150% bezahlt wurden, die Lohnkosten pro Stunde herabgesetzt. Zweitens hat die Zunahme der Zahl der Leute, die Arbeitsstellen suchen, in vielen Industrien und in vielen Teilen des Landes weniger gut bezahlte Arbeitsstellen geschaffen. Den dritten Grund für die Möglichkeit der Bezahlung höherer Löhne sehe ich in der erhöhten Produktivität pro Arbeitsstunde. Während im allgemeinen die erhöhte Produktivität erhöhte Leistung des Arbeiters ist, wird nun bald die Zeit kommen, wo die während des Krieges erzielte Verbesserung der Maschinen und des Produktionsprozesses sich sicherlich ausdrücken wird in einer erhöhten Produktion von Gütern pro Arbeitsstunde, was auch Raum lässt für höhere Löhne. Als vierter Grund muss die Tatsache erwähnt werden, dass sich die Wirtschaft im Hinblick auf die Gewinne heute in einer sehr guten Lage befindet und ausgezeichnete Aussichten für die kommende Zeit hat. Wenn auch dies nicht für alle Unternehmen gilt, so kann man doch sagen, dass in der Wirtschaft im allgemeinen und in allen Industriezweigen die Gewinne gut gewesen sind und sicherlich noch sehr gut sind. Endlich befasst sich nun der Kongress auf meinen Vorschlag hin mit der Ausmerzung der Uebergewinnsteuer. Bereits sind Vorkehrungen in unseren Steuergesetzen vorgenommen worden, auf Grund deren die Unternehmen, deren Einkommen unter das normale Niveau der Friedenszeit fällt, einen grossen Teil der Uebergewinnsteuern, die sie in den letzten zwei



Jahren bezahlt haben, zurückerhalten können. Diese und andere Massnahmen der Steuergesetze haben den Zweck, die mit der Umstellung verbundenen Risiken auf ein Mindestmass herabzusetzen, und diesen Zweck erfüllen sie. Sie tragen auch dazu bei, dass die Wirtschaft erhöhte Löhne bezahlen kann.

Es gibt jedoch bedeutsame Schranken in der Fähigkeit der Industrie, die Löhne ohne Preiserhöhungen zu steigern. Ich möchte Ihnen nun die Lage der Unternehmer schildern. Die Wirtschaft steht vor vielen Risiken und Problemen, die die Arbeiter anerkennen müssen. Viele Unternehmen müssen sich nun von der lukrativen Kriegsproduktion auf die Produktion von Gütern des zivilen Bedarfs umstellen, die nicht so hohe Gewinne abwerfen wird. Probleme ergeben sich durch die Umstellung des Produktionsprozesses, die Erschliessung neuer Rohstoffquellen, neuer Produkte und neuer Märkte, die Anlernung ungelernter Arbeiter, die erhöhten Kosten für Rohstoffe und andern Bedarf. Alle diese Faktoren werden zu Beginn eine niedrigere Produktion und höhere Kosten pro Produktionseinheit erzeugen. Diese Probleme und Schwierigkeiten ergeben sich besonders für die kleinen Unternehmen, die das Rückgrat des Konkurrenzsystems der amerikanischen Wirtschaft sind. Ich habe bereits gesagt, dass nicht alle Unternehmen die genannten Lohnerhöhungen gewähren können. Es gibt aber auch Unternehmen, in denen die hohen Löhne und sogar die hohe Bezahlung für Ueberstunden ihren Fortgang nehmen und die Arbeiter während der Uebergangszeit nichts zu leiden haben. Die Arbeiter müssen diese Unterschiede anerkennen und nicht mehr verlangen, als eine Industrie oder ein Unternehmen im Hinblick auf die gegenwärtigen Preise und Arbeitsbedingungen zahlen kann. Die Arbeiter haben die hohe Verantwortung, dazu zu sehen, dass die Forderungen auf Lohnerhöhungen vernünftig sind. Uebertriebene Forderungen würden die Wirtschaft der angemessenen Gewinne berauben, auf die sie Recht hat und die im Interesse der Ausweitung der Produktion nötig sind. Wir dürfen nicht das Huhn töten, das die goldenen Eier legt. Auch die Arbeiterschaft muss dazu sehen, dass die Wirtschaft dieses Ziel der höheren Produktion und der erhöhten Beschäftigung erreichen kann. Sie muss dauernd nach erhöhter Leistung und erhöhter Produktivität streben. Es muss gute Arbeit für gute Löhne geleistet werden. Nur auf diese Weise können wir jene Massenproduktion erzielen, die unser Land an die Spitze der industriellen Länder der Welt gestellt hat. Die Arbeiterschaft muss dauernd innerhalb ihrer eigenen Reihen nach Mitteln und Wegen suchen, um die Zahl der verlorenen Arbeitsstunden zu vermindern. Sie muss gegen die geringere Arbeitsleistung auftreten, Konflikte und wilde Streiks verhindern. Die Arbeiterschaft und die Unternehmer müssen das Prinzip der kollektivvertraglichen Verhandlungen als die wirksame und überlegene Methode der Zusammenarbeit anerkennen.

Das Ausmass der Gewährung von Lohnerhöhungen ohne Preis-

erhöhung wird von Unternehmen zu Unternehmen und von Industrie zu Industrie verschieden sein. Die Löhne, die wir heute, wo wir auf der Schwelle unserer Nachkriegsproduktion stehen, zahlen können, werden nicht die gleichen sein, wie jene im nächsten und übernächsten Jahr, wenn sich die Märkte gebildet haben und sich die Gewinne einstellen. Unternehmer und Arbeiter müssen diesen Entwicklungen nachgehen und von Zeit zu Zeit bestimmen, in welchem Masse die Kosten zurückgehen und die Gewinne steigen, in welchem Verhältnis sich diese Entwicklung in angemessener Weise in erhöhten Löhnen ausdrücken kann.

Ich möchte nun die Frage prüfen, wie im einzelnen die Löhne erhöht werden können. Viele Leute haben die Regierung gebeten, einzugreifen und zu entscheiden, wer die Löhne zu erhöhen hat und in welchem Ausmass sie erhöht werden müssen. Man hat mir sogar vorgeworfen, dass ich mich nicht eingemischt und gesagt habe, was die Unternehmer und Arbeiter zu tun haben. Ich habe mich absichtlich eines solchen Schrittes enthalten. Die gleichen Leute, die mich auffordern, Vollmachten der Regierung anzuwenden, wie sie sie während des Krieges bei der Anpassung der Löhne hatte, sind seltsamerweise bei andern Gelegenheiten die ersten, die sagen, dass die dauernde Einmischung der Regierung das Ende des freien Unternehmertums bedeute. Ich bin überzeugt, dass wir so schnell als möglich alle Zwangsmassnahmen aufheben und zum System der freien Konkurrenz zurückkehren müssen. Was die Löhne betrifft, so bedeutet dies die Rückkehr zu freien und anständigen kollektivvertraglichen Verhandlungen. Als ein freies Volk müssen wir den gesunden Menschenverstand haben, vernünftig und ernsthaft miteinander zu verhandeln. Wir müssen entschlossen sein, zu Entscheidungen zu kommen, die unseren Interessen auf weite Sicht entsprechen. Gleichzeitig möchte ich jedoch erklären, dass die Beschlüsse, die wir auf dem Wege kollektivvertraglicher Verhandlungen erreichen, innerhalb der Grenzen zu fassen sind, die durch die Preis- und Lohnpolitik der Regierung festgelegt werden. Diese Politik läuft darauf hinaus, dass die Unternehmer Lohnerhöhungen ohne Zustimmung der Regierung vornehmen können. Es ist jedoch die Zustimmung der Regierung nötig, falls die Lohnerhöhungen eine Erhöhung des Preisniveaus zur Folge haben. Um den Arbeitern und Unternehmern bei der Durchführung dieser Politik Richtlinien zu geben, habe ich die bereits erwähnte Regierungsverordnung ergänzt und ausdrücklich gesagt, in welchen drei Fällen die Löhne erhöht werden können, obwohl sich dabei eine Erhöhung des Preisniveaus ergeben kann. Es handelt sich um Fälle, wo Lohnerhöhungen ohne Rücksicht auf die Folgen für die Preise unumgänglich sind. Diese Fälle werden nicht viele Preiserhöhungen verursachen.

Ueberdies sind in meinem Zusatzantrag zwei wichtige Punkte enthalten, die ich hier hervorheben möchte. Der erste Punkt unterstreicht eine alte Wahrheit, die jedoch nicht immer begriffen wor-



den ist. Wenn ein Unternehmen eine Lohnerhöhung vorgenommen hat, so wird es von niemand daran gehindert, sich nachher an die Regierung zu wenden und sie zu bitten, dass die Lohnerhöhung nachträglich im Hinblick auf die Erhöhung des Preisniveaus geprüft wird. Ein solches Gesuch wird geprüft, gleichviel, ob es vor oder nach der Lohnerhöhung gemacht wird. Der zweite Punkt ist neu und von sehr grosser Bedeutung. Es handelt sich um etwas, was sicherlich viel dazu beitragen wird, dass die Wirtschaft über diese schwierige Zeit der Anpassung hinwegkommen kann. In jenen Fällen, wo ein Unternehmen nicht um eine Genehmigung der Lohnerhöhung gebeten hat und selbst dann, wo ein solches Gesuch gemacht und von der Regierung entschieden worden ist, wird ein solches Unternehmen nicht von der Regierung aufgefordert werden, unvernünftige Risiken in der Absorbierung solcher Lohnerhöhungen auf sich zu nehmen. Wenn es sich nach einer angemessenen Zeit der Prüfung, die, abgesehen von Ausnahmefällen, 6 Monate nicht übersteigen wird, herausstellt, dass das betreffende Unternehmen angemessene Gewinne nicht erzielen konnte, so muss die ganze Lohnerhöhung neuerdings überprüft werden im Hinblick auf eine Erhöhung des Preisniveaus. Alle solche Fälle müssen von den zuständigen Behörden prompt erledigt werden.

Dies ist die Preis- und Lohnpolitik unserer Regierung. Die Instanzen, die sie durchzuführen haben, werden bis auf weiteres die gleichen sein wie während des Krieges. Wie ihr wisst, habe ich überdies die nächste Woche in Washington eine Konferenz der Unternehmer und Arbeiter anberaunt, die u. a. Empfehlungen betr. Schlichtung und Schiedsgericht für jene Fälle auszuarbeiten hat, wo kollektivvertragliche Verhandlungen zu keinem Resultat führen.

Ich hoffe, das amerikanische Volk werde die Wichtigkeit dieser Konferenz begreifen. Sie kann die Mittel zeitigen zur Erzielung des Wirtschaftsfriedens und einer neuen Form menschlicher Beziehungen im Erwerbsleben. (Die diesbezüglichen Verhandlungen sind zur Zeit im Gange, haben jedoch bis heute keinen Erfolg gehabt, d. Red.) Bis diese Maschinerie auf die Beine gestellt ist, fordere ich die Arbeiter und Unternehmer auf, für die Behandlung ihrer Probleme zusammenzukommen. Die öffentliche Meinung würde es nicht verstehen, wenn sich die Unternehmer oder Arbeiter weigern würden, in einer friedlichen, freien und demokratischen Weise zu den richtigen Schlüssen zu gelangen. Wir leben in einer Zeit, wo wir beweisen können, dass wir die Lektion des Krieges gelernt haben, die Lektion des « fairplay », des Gebens und Nehmens auf demokratischer Grundlage, der Zusammenarbeit im Interesse der Zukunft. Wir haben alle ein gemeinsames Ziel: das Wohlergehen und die Sicherheit sowie den gerechten Anteil an den Gütern des Lebens. Wir können zur Erreichung dieses Zieles beitragen, wenn wir uns am grünen Tisch treffen und zusammen eine Lösung suchen. Es gibt keinen Platz in unserer Wirtschaft für ein ungerechtfertigtes Vorgehen, für gierige Unternehmer oder — auf

beiden Seiten! — Gruppen, die ohne Rücksicht auf Kosten der andern ihren Weg gehen wollen. Volk und Regierung würden ein solches Vorgehen ablehnen. Das Land hat ein Recht darauf, von Unternehmern und Arbeitern zu verlangen, dass sie in guten Treuen miteinander verhandeln, wobei die Arbeiter den Unternehmern das Recht auf einen anständigen Gewinn und die Unternehmer den Arbeitern das Verlangen nach einem anständigen und gefestigten Lebensstandard zugestehen müssen. Beide Parteien müssen erkennen, dass wir weder eine Deflation noch eine Inflation in unserer Wirtschaft dulden können.

Andererseits muss sich das Land gedulden und sich darüber klar sein, dass man auf manchen Gebieten die Praxis der kollektivvertraglichen Verhandlungen eingebüsst hat. Die Staatsbürger dieses Landes haben auf alle Fälle dann ein Recht zur Ungeduld und zur Forderung auf Intervention der Regierung, wenn eine der beiden Parteien nicht in guten Treuen verhandelt und ein vernünftiges Angebot der Schlichtung oder des Schiedsgerichts ablehnt.

Ich weiss, dass wir nicht eine leichte Methode gewählt haben, um das Lohnproblem zu regeln. Es ist jedoch eine gesunde Methode. Es ist die amerikanische Methode! Ich bin sicher, dass, wenn die Arbeiter und Unternehmer in der Ueberzeugung eines gemeinsamen Zieles zusammentreten sowie mit dem festen Entschluss, ihre Streitigkeiten im Hinblick auf ihre Interessen auf weite Sicht beizulegen, es nicht lange dauern wird, bis wir den Wirtschaftskrieg hinter uns haben. Die Arbeiter sind der beste Kunde der Unternehmer, und die Unternehmer sind die Quelle, aus der die Arbeiter ihren Lebensunterhalt schöpfen. Beide sind voneinander abhängig, und das Land ist wiederum von beiden abhängig. Die Amerikaner haben in Zeiten nationaler Not immer zusammengehalten. Es gibt bei der Lösung unserer schwierigen Probleme keine leichten Antworten und keine leichten Formeln. Ich habe ein grenzenloses Vertrauen in den gesunden Menschenverstand und die letztendliche Anständigkeit des amerikanischen Volkes. Wenn die Einheit des Zieles besteht und der Beschluss gefasst ist, die Herausforderung der Zeit anzunehmen, so gibt es nichts, was so schwierig ist, dass das amerikanische Volk es nicht meistern kann. Es hat Wunder während des Krieges vollbracht. Es kann und wird auch die Schwierigkeiten überwinden, die sich ihm nun auf dem Weg zum dauernden Frieden und Wohlergehen entgegenstellen.

---